

Landratsamt Landkreis Leipzig | 04552 Borna – Stauffenbergstraße 4

Büro Knoblich
Herr Schürmann
Heinrich-Heine-Str. 13
15537 Erkner

Internet: www.landkreisleipzig.de

Amt: Stabsstelle des Landrates
Wirtschaftsförderung/
Kreisentwicklung

Bearbeiter/in: Andreas Biermann

Tel. +4934332411053

E-Mail: Andreas.Biermann@lk-l.de

Dienstgebäude:
Borna, Stauffenbergstraße 4

Öffnungszeiten:

Di 08:30 – 12:00 Uhr u. 13:30 – 18:00 Uhr
Do 08:30 – 12:00 Uhr u. 13:30 – 16:00 Uhr
Fr 08:30 – 12:00 Uhr
zusätzlich Mo u. Mi 08:30 – 12:00 Uhr
(nur Kfz-Zulassung, Führerscheinstelle, Kasse und
Service KJC)

Ihr Zeichen

Mein Zeichen

Datum

00120/621.00/23/1/7

05.12.2024

Gemeinde Borsdorf, Bebauungsplan "Einzelhandel nördlich Otto-von-Guericke-Straße"

Planfassung: Entwurf

Auf der Grundlage der mit Schreiben vom 06.11.2024 eingereichten Planunterlagen zum o.g. Bebauungsplan wird unter Berücksichtigung der Bedenken, Hinweise und Anmerkungen der berührten Ämter des Landratsamtes Landkreis Leipzig entsprechend § 4 Abs. 2 BauGB folgende Stellungnahme abgegeben:

Kreisentwicklung

Nach Durchsicht der vorliegenden Unterlagen wird informiert, dass entsprechend § 13 SächsLPlG (3) die Landkreise auf die Verwirklichung der Raumordnungspläne hinwirken. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass die Raumordnungsbehörde, die Landesdirektion Sachsen, bezüglich Prüfung Kapitel 2.3.2 Handel, Landesentwicklungsplan 2013 des Freistaates Sachsen sowie zu Kapitel 2.3 Handel, Regionalplan Leipzig-West Sachsen, die Regionale Planungsstelle in das Verfahren einzubinden ist.

Aus Sicht der Kreisentwicklung ist die vorliegende Begründung des Bebauungsplanentwurfes im Zusammenhang mit der ausführlichen Auseinandersetzung mit dem Ziel 2.3.2 des Regionalplanes (Überschreitung der Regelvermutungsgrenze von 1200 m² Geschossfläche) lt. beigefügter Auswirkungsanalyse, Anlage 2, nachvollziehbar.

Bauplanungsrecht

Es bestehen zum B-Plan keine Bedenken. Die Aufstellung des Bebauungsplanes nach § 13 a BauGB wird seitens der Bauleitplanung als das richtige Planungsinstrument angesehen. Nachfolgende Bedenken seitens des Wasserrechts sind im Rahmen der Übererarbeitung zu berücksichtigen.

Denkmalschutz

Die denkmalschutzrechtlichen Belange (Belange des Landesamtes für Archäologie) sind im Entwurf bereits ausreichend berücksichtigt.

Wasser/Abwasser

Von Seiten des Wasserrechts kann o.g. Vorhaben nicht zugestimmt werden.

Gründe

Im neuen Bebauungsplan soll das Niederschlagswasser der zusätzlich versiegelten Flächen versickert werden, da der öffentliche Kanal durch die vorhandenen Einleitung bereits hydraulisch ausgelastet ist.

Tel. : +49 (3433) 241-0 oder +49 (3437) 984-0
Fax : +49 (3433) 241-1111
E-Mail : info@lk-l.de

Bankverbindung: Sparkasse Leipzig IBAN DE32 8605 5592 1010 0202 81
Sparkasse Muldentale IBAN DE05 8605 0200 1010 0000 86

Steuernummer: 238/149/04849 Gläubiger-ID: DE77ZZZ00000068714
Betriebs-Nr.: 05403393
Gemeindekennziffer: 14729000

BIC WELADE8LXXX
BIC SOLADES1GRM

Der Planer schlägt daher vor, das zusätzlich anfallende Niederschlagswasser zu versickern. Das beigefügte hydrogeologische Gutachten sagt jedoch aus, dass eine Versickerung des NW aufgrund der vorliegenden K_f -Werte von 10^{-9} nicht möglich ist, daher ist die ordnungsgemäße NW-Entsorgung nicht gesichert.

Immissionsschutz

Es bestehen keine Einwände. Für die weitere Planung wird empfohlen, die Haustechnik nicht auf der nördlichen Gebäudeseite des Einzelhandels anzuordnen.

Altlasten/Bodenschutz/Abfallrecht

Es gibt es keine Einwände zur antragsgemäßen Ausführung des Vorhaben.

Hinweise

1. Werden bei den Bauarbeiten kontaminierte Abfälle / Stoffe vorgefunden, sind diese zu separieren und zu untersuchen. Anhand der Untersuchungsergebnisse ist über eine Verwertung/ Behandlung oder Entsorgung des anfallenden kontaminierten Materials zu entscheiden. Nicht kontaminierter Bodenaushub ist einer Verwertung zuzuführen (§ 6 Abs. 1 KrWG).
2. Die Entsorgung der bei dem Vorhaben anfallenden Erdaushubmassen, welche nicht auf demselben Grundstück verarbeitet werden, Abfälle und alle anderen mineralischen Abfällen hat entsprechend den geltenden abfallrechtlichen Bestimmungen zu erfolgen und ist dem Umweltamt des Landratsamtes Landkreis Leipzig nach Aufforderung nachzuweisen. Vor Beginn der Arbeiten sind für alle anfallenden Abfälle die Entsorgungswege festzulegen und zumindest entsprechende Annahmeerklärungen der Entsorgungsbetriebe zu beschaffen. Über den Verbleib sämtlicher Abfälle sind die diesbezüglichen Nachweise zu führen, die dem Umweltamt nach Aufforderung vorzulegen sind. (gemäß KrWG, ErsatzbaustoffV und NachwV)
3. Bei sämtlichen Baumaßnahmen, bei denen mineralische Ersatzbaustoffe anfallen, sind die Anforderungen der Ersatzbaustoffverordnung und neuen Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) einzuhalten.
4. Der Einbau von mineralischen Ersatzbaustoffen in technische Bauwerke wird durch die ErsatzbaustoffV geregelt. Wird der Einbau von mineralischen Ersatzbaustoffen vorgenommen, sind Eignungsnachweise bei Aufforderung durch das Umweltamtes der Behörde vorzulegen.

Verwendete Rechtsvorschriften

KrWG	Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (Kreislaufwirtschaftsgesetz) vom 24. Februar 2012 (BGBl. I S. 212), geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 2. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 56)
BBodSchV	Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung vom 9. Juli 2021 (BGBl. I S. 2598, 2716)
ErsatzbaustoffV	Verordnung über Anforderungen an den Einbau von mineralischen Ersatzbaustoffen in technische Bauwerke (Ersatzbaustoffverordnung) vom 9. Juli 2021 (BGBl. I S. 2598), geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 13. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 186)
NachwV	Verordnung über die Nachweisführung bei der Entsorgung von Abfällen (Nachweisverordnung) vom 20. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2298), geändert durch Artikel 5 der Verordnung vom 28. April 2022 (BGBl. I S. 700)

Aus Sicht der Sachgebiete *Forst* sowie *Natur- und Landschaftsschutz* bestehen zu der vorgelegten Planung keine Einwände.



Sommer

Leiterin der Stabsstelle